

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 270 November 2025

JA zu mehr bezahlbaren Wohnungen



P.P. Uster

Editorial



Karin Niedermann und Anja Gada,
Co-Präsidentinnen der SP Uster

Am 30. November entscheiden wir über die Wahrung der Gemeindeautonomie im Kanton Zürich. Mit der Änderung des Strassengesetzes (Mobilitäts-Initiative) droht ein Frontalangriff auf die Kompetenzen der Gemeinden, selbstständig Verkehrsregelungen so anzupassen, dass die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden gewährleistet ist. Deshalb ist ein Nein zu dieser Bevormundung enorm wichtig – nicht nur, um die Sicherheit auf Schulwegen oder Strassen vor dem Spital zu gewährleisten, sondern auch, um den Kanton in die Schranken zu weisen (siehe Seite 7).

Mit der Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» hingegen können wir den Kompetenzbereich der Stadt Uster gar ausbauen. Immer mehr Immobilienfirmen machen enorme Renditen mit Wohnungen in Uster und anderen Städten im Kanton. Ein Grossteil dieses Geldes fliesst an Investoren im Ausland. Das treibt die Mietpreise in die Höhe und macht es für viele Menschen schier unmöglich, eine gute und bezahlbare Wohnung für sich zu finden. Mit einem Ja zur Initiative «mehr bezahlbare Wohnungen» stoppen wir das (siehe Seite 4/5).

Zusätzlich zu den explodierenden Mieten drücken auch die enormen Krankenkassenprämien aufs Portemonnaie. Für viele Menschen sind diese schlicht zu hoch. Deshalb hat der Kantonsrat entschieden, den kantonalen Beitrag an die Prämienverbilligung zu erhöhen. Dadurch könnten einerseits mehr Menschen eine solche erhalten, andererseits auch Personen in finanziell besonders schwierigen Situationen stärker entlastet werden. Deshalb empfehlen wir ein klares «Ja zum Einführungsgesetz des Krankenversicherungsgesetzes» (siehe Seite 6).

Auch schauen wir auf die Gemeindewahlen im Frühling 2026 (siehe Seite 3) und unsere Fraktionspräsidentin auf den neuen Richtplan (auf dieser Seite). Nach langem Ringen beschloss der Gemeinderat einen Richtplan, der Uster mit mehr bezahlbaren Wohnungen, Massnahmen gegen die Klimaerhitzung und einer Stärkung des Fuss- und Veloverkehrs für die Zukunft rüstet. Als SP gingen wir dabei viele Kompromisse ein, z.B. bei der Mobilität. Umso verwunderter sind wir, dass sich FDP und SVP nun gegen diesen gemeinsam erarbeiteten Richtplan stellen. Es ist zu vermuten, dass ihnen nicht die Gestaltung Usters am Herzen liegt, sondern ihr Referendum ein reiner Stimmenfang für die Wahlen ist. Gegen diese ideologische Parteipolitik auf dem Rücken der Ustermer Bevölkerung werden wir uns wehren und dieses Referendum bekämpfen.

Aus dem Gemeinderat

Ein Richtplan für das 21. Jahrhundert

Der September war für uns Gemeinderatsmitglieder besonders intensiv: An zwei Doppelsitzungen wurde der neue kommunale Richtplan beraten. Es ist die erste Revision nach fast 40 Jahren. Der neue Richtplan wurde während vier Jahren vom Stadtrat und der Stadtplanung vorbereitet und während mehr als einem Jahr in der vorberatenden Kommission des Parlamentes diskutiert. Am Ende hat der Gemeinderat rund 190 Anträge behandelt.



Aus Sicht der SP ist das Resultat positiv, auch wenn wir uns nicht bei allen Anliegen durchsetzen konnten. Ein zentrales Anliegen von uns, die Förderung von bezahlbarem Wohn-

raum, wurde aber im Richtplan aufgenommen. Bis 2050 sollen in Uster rund 5'000 neue Wohnungen entstehen. Wir setzen uns dafür ein, dass ein substanzieller Teil davon bezahlbar bleibt und Bauland gemeinnützigen Wohnbau-trägern zur Verfügung steht.

Neben dem Thema Wohnen konnten weitere SP-Anliegen in den Richtplan aufgenommen werden. So wird unter anderem der Ausbau des Velo- und Fusswegnetzes, die Förderung

des ÖV und sichere Bahnüberquerungen mit dem neuen Richtplan gesichert. Der Gemeinderat hat auch wichtige Anliegen aus der Zivilgesellschaft aufgenommen. So zum Beispiel bei der Sportinfrastruktur, wo namentlich die beliebten Fussballplätze auf der Heusser-Staub-Wiese erhalten bleiben sollen: Ustermer Sportvereine erhalten so eine solide Perspektive für ihre Weiterentwicklung.

Wie gesagt konnten wir uns nicht überall durchsetzen, mussten bei gewissen Themen Abstriche machen und in den sauren Apfel beißen. Dennoch: Das Resultat bringt wichtige Fortschritte und ist alles in allem ausgewogen. Leider sehen das die bürgerlichen Parteien nicht so: SVP und FDP haben inzwischen das Referendum angekündigt, so dass im Verlauf des kommenden Jahres die Stimmberechtigten entscheiden müssen, ob Uster einen Richtplan für das 21. Jahrhundert erhält oder weiterhin mit dem

veralteten Plan von 1986 kutschieren muss. Wir setzen uns mit aller Kraft für den neuen Richtplan ein.

Tanja Göldi, Fraktionspräsidentin SP Uster

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster: www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Uster

Anschrift: SP Uster, Postfach, 8610 Uster 1

Auflage: 18 000 Exemplar

Erscheinungsweise: mindestens zweimal im Jahr

Layout: E. Feldmann, Druck: Ropress Zürich

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Gemeindewahlen 2026: Die SP hat ihre Kandidat:innen nominiert

Die SP Uster ist bereit für die Wahlen



Für die Gemeinderatswahlen kann die SP Uster eine vielfältige Liste mit vielen jungen Kandidat:innen präsentieren.

Am 12. April 2026 finden die nächsten Gemeindewahlen statt. Kurz nach den Sommerferien hat die Mitgliederversammlung der SP Uster ihre Kandidat:innen für die Wahlen nominiert. So treten alle drei bisherigen SP-Mitglieder im Stadtrat für eine weitere Legislatur an. Für den Gemeinderat wurde eine starke, mit vielen jungen Mitgliedern besetzte Liste beschlossen.

spu. Die drei bisherigen SP-Mitglieder des Stadtrates – Barbara Thalmann, Patricia Bernet und Stefan Feldmann – kandidieren 2026 erneut für die Stadtratswahlen. Sie wurden von den Mitglie-

dern per Akklamation nominiert. Karin Niedermann, Co-Präsidentin der SP Uster sagt: «Wir schätzen uns glücklich, drei so erfahrene Stadträt:innen für die Stadtratswahlen ins Rennen schicken zu können. Ihr grosses Engagement für eine sozialere und ökologischere Stadt ist ein immenser Gewinn für Uster.»

Für die Primarschulpflege nominierten die Mitglieder Ruth Ebinger zur Wiederwahl. Für den freiwerdenden Sitz von Sarah Zollinger kandidiert Jonas Steiner. Anja Gada, Co-Präsidentin der SP Uster, sagt: «Jonas Steiner ist aufgrund seiner Tätigkeit als Schulleiter in Gossau und seiner langjährigen politischen Erfahrung perfekt für dieses Amt geeignet.» Bei der Sozialbehörde

wurde Reto Büsser für die Nachfolge von Christina Zbinden nominiert.

Die anwensenden SP-Mitglieder beschlossen auch die Gemeinderatsliste. Tanja Göldi, Fraktionspräsidentin und Mitglied der Findungskommission, sagt: «Ich freue mich sehr, mit 35 weiteren starken Kandidat:innen in den Wahlkampf zu starten. Von der Pflegefachfrau über die Sozialarbeiterin hin zum Elektroingenieur und dem Juristen – unsere Liste ist so vielfältig wie Uster selbst.»

Für die Spitzenplätze in den Gemeinderat wurden folgende Kandidaturen nominiert: Tanja Göldi, Balthasar Thalmann, Angelika Zarotti, Ali Özcan, Flavia Keller (neu), Marius Weder, Aude Ratia-Brasier (neu), Pascal Wartenweiler (neu), Luana Berther (neu), Jan Hochuli (neu), Ramona Büsser (neu) und Peter Mathis.

«Wir freuen uns sehr, mit diesen kompetenten und vielfältigen Kandidat:innen ins Wahljahr zu gehen», erklärt Anja Gada. «Ob im Einsatz für Bildung, Gesundheit, Gleichstellung, Klimapolitik oder für bezahlbaren Wohnraum: Die Kandidierenden bringen unterschiedliche Erfahrungen und Hintergründe mit, vereint durch ein gemeinsames Ziel – Uster sozialer, ökologischer und solidarischer zu gestalten.» Und Karin Niedermann ergänzt: «Auch in Uster wird bezahlbarer Wohnraum Mangelware. Mit dem Richtplan und dem Zeughausareal haben wir wichtige Hebel, um den explodierenden Mieten entgegenzuwirken. Und auch bei der externen Kinderbetreuung muss die Stadt die Grundlagen schaffen, dass jedes Kind einen bezahlbaren Kitaplatz hat. Dafür braucht es eine starke SP im Stadt- und im Gemeinderat.»



Bei den Stadtratswahlen tritt die SP Uster mit ihren bisherigen Mitgliedern an: Patricia Bernet, Stefan Feldmann und Barbara Thalmann.

Kantonale Abstimmungen: JA zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich»

«Wenn wir jetzt nicht handeln, haben wir

Das Sorgenbarometer zeigt: Das Thema «Wohnen» steht ganz weit oben. Leerkündigungen und explodierende Mietpreise bereiten den Menschen zunehmend Sorge. Immer mehr haben Probleme bezahlbaren Wohnraum zu finden. Zur Zeit sind im Kanton Zürich gleich mehrere Initiativen hängig, die sich dem Thema annehmen wollen. Als erstes wird über die überparteilich lancierte Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» abgestimmt. Um was es dabei geht, erklären im FORUM-Interview zwei Mitglieder des Initiativkomitees.

FORUM: Barbara Thalmann, Tobias Langenegger, am 30. November kommt die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» zur Abstimmung. Ihr beide sitzt im Initiativkomitee. Um was geht es dabei?

Tobias Langenegger: Die Initiative möchte, dass Gemeinden und Städte künftig darüber informiert werden müssen, an wen grosse Wohnliegenschaften verkauft werden. Das ermöglicht es den Gemeinden einzugreifen, wenn wegen einem Verkauf an eine dubiose Immobilienfirma Wuchermieten drohen. Wir müssen uns nämlich bewusst sein: Die Mietkrise spitzt sich zu, weil in allen Gemeinden – auch in der Stadt Uster – immer mehr Wohnraum von renditeorientierten Gesellschaften aufgekauft wird.

«Dank der Initiative können durch die Gemeinden mehr bezahlbare Wohnungen und auch mehr Alterswohnungen geschaffen werden, die im Durchschnitt rund 50 Prozent günstiger sind als die von renditeorientierten Vermietern.»



Tobias Langenegger,
SP-Kantonsrat

Barbara Thalmann: Wohnen ist ein Grundrecht. In den letzten 25 Jahren sind die Mieten im Kanton Zürich um 64 Prozent gestiegen. Diese steigenden Mieten setzen immer mehr Menschen zu, wird für viele zu einem existenziellen Problem. Hier müssen wir eine Trendwende schaffen, damit im Kanton Zürich mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen kann.

Schaut man sich das Initiativkomitee an, fällt auf, dass erstaunlich viele Exekutiv-Politiker:innen verschiedener Parteien darin vertreten sind. Wie ist das zustande gekommen?

Barbara Thalmann: Für uns Gemeinden wird die heutige Situation immer drängender: Die Wohnkrise ist da, immer wieder hören wir davon. Wie z.B. von Rentnerehepaaren, die ihre Wohnungen durch Leerkündigung verlieren und dann aus ihrem vertrauten Umfeld, ja sogar aus der Gemeinde wegziehen müssen, weil sie nichts mehr finden, dass sie sich leisten können. Dagegen können wir als Stadt aktuell wenig tun. Deshalb brauchen wir zusätzliche Instrumente, wie sie die Initiative fordert.

Tobias Langenegger: Die grosse überparteiliche Unterstützung zeigt, wie wichtig diese Initiative für die Gemeinden ist. Sie erhalten endlich die Möglichkeit, effektiv einzugreifen, wenn Wohnraum an renditemaximierende Immobilienfirmen verkauft werden soll. So können mehr bezahlbare Wohnungen – die im Durchschnitt rund 50 Prozent günstiger sind als die von renditeorientierten Vermietern – und auch mehr Alterswohnungen geschaffen werden.

Nun sagen die Gegner, die Initiative wäre ein tiefer Eingriff in den Wohnungsmarkt, weil ein Verkäufer nicht selber bestimmen kann, wem er sein Grundstück verkauft. Ist dieser Einwand berechtigt?

Barbara Thalmann: Zuerst muss man sagen: Es geht primär um grosse Grundstücke. Einfamilienhäuser oder Verkäufe in der erweiterten Familie sind natürlich ausgenommen. Einzelne Einfamilienhäuser sind für die Stadt in der Regel auch nicht von Interesse. Bei grösseren Liegenschaften oder Grundstücken lohnt es sich aber, dass wir als Stadt eingreifen können, um zahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Tobias Langenegger: Der Mittelstand hat ein massives Problem, weil die Mieten – Barbara hat es schon erwähnt – in 25 Jahren um 64 Prozent gestiegen sind. Es gibt leider Parteien, die der Immobilienlobby nahe stehen und deshalb natürlich



*Wohnen gehört zu d
renditeorientierte Firmen muss gest*

lieber nichts machen, was deren Renditen reduzieren könnte. Für mich ist aber klar, dass wir jetzt handeln müssen, sonst werden auch in der Stadt Uster auf dem Wohnungsmarkt bald Zustände herrschen wie in der Stadt Zürich.

In Uster gab es ja gerade Anfang Jahr eine ähnliche Debatte, als die Stadt ein Grundstück an der

in Uster bald Zustände wie in Zürich»



den Grundbedürfnissen der Menschen: Der Ausverkauf des Wohnraums an die Kapitalgeber wird abgelehnt. Die Wohninitiative gibt hier den Gemeinden neue Instrumente in die Hand.

Wagerenstrasse kaufen wollte. Die Vorlage wurde abgelehnt. Besteht nicht die Gefahr, dass die Initiative ein zahloser Tiger bleibt?

Barbara Thalmann: Gerade das Beispiel in Uster zeigt, dass die Bevölkerung bei solchen Vertragsgeschäften mitreden kann und will – das ist auch gut so. Die Stadt Uster hat in der Vergangenheit

immer wieder Liegenschaften gekauft. Wenn der Vertrag, der Preis, die Nutzung etc. stimmt, dann ist die öffentliche Akzeptanz für einen Kauf sehr positiv. Wir möchten, dass die Bevölkerung künftig auch dort mitreden kann, wo heute keine Debatte stattfindet, weil ein Verkauf an eine Immobilienfirma ohne jegliche Transparenz für die Öffentlichkeit stattfindet.

Wie seht ihr die Chancen der Initiative?

Tobias Langenegger: Ich sehe sehr gute Chancen, weil die Bevölkerung merkt, dass es auf dem Wohnungsmarkt völlig in die falsche Richtung geht. Die Initiative ist eine sehr pragmatische Lösung und wird breit unterstützt, deshalb bin ich sehr optimistisch.

Barbara Thalmann: Laut einer Umfrage des Städteverbandes zur Wohnungspolitik wünschen sich rund zwei Drittel der antwortenden Städte und Gemeinden griffigere Instrumente, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken. Zusätzlich wurde

«Wohnen ist ein Grundrecht. Die steigenden Mieten setzen immer mehr Menschen zu. Hier müssen wir eine Trendwende schaffen, damit im Kanton Zürich mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen kann.»



*Barbara Thalmann,
Stadtpräsidentin
von Uster*

dem Bundesrat im Rahmen des wohnungspolitischen Dialogs Bund, Kantone und Städte empfohlen, unsere Forderung, das Vorkaufsrecht, vertieft zu prüfen. Das zeigt, wie sinnvoll die Initiative ist. Ich hoffe stark auf ein deutliches Ja.

Wir müssen auch noch schnell ein Wort über den Gegenvorschlag verlieren. Dieser wird als «Mogelpackung» und «täuschend und untauglich» beschrieben. Um was geht es darin?

Tobias Langenegger: Die Initiative möchte den gemeinnützigen Wohnungsbau für den Mittelstand fördern. Also bezahlbarer Wohnraum und Alterswohnungen die allen zugutekommen. Der Kantonsrat hat leider auf Geheiss der Immobilienlobby einen Gegenvorschlag beschlossen, der gar keine neuen Instrumente vorsieht, sondern einfach eine Forderung umsetzt, die wir im Kantonsrat sowieso schon lange beschlossen haben. Es ist wichtig, dass die Bevölkerung diesem Polit-Spielchen mit einem Nein eine deutliche Abfuhr erteilt.

Kantonale Abstimmungen: JA zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz

Kaufkraft dank mehr Prämienverbilligung jetzt stärken

Seit wenigen Wochen wissen wir: Auch 2026 steigen die Krankenkassenprämien deutlich an. Im Kanton Zürich um 5,2 Prozent. Für viele Menschen bedeuten die steigenden Krankenkassenprämien eine sehr grosse finanzielle Belastung. Besonders Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Menschen mit kleinem Einkommen geraten dadurch jedes Jahr stärker unter Druck. Doch nun gibt es die Gelegenheit ihnen ein wenig Erleichterung zu verschaffen.

Von Brigitte Rösli, SP-Kantonsrätin, Illnau-Effretikon

Auf dem Papier ist die Sachlage klar: Als 1994 das Obligatorium bei den Krankenversicherungen eingeführt wurde, war es das erklärte Ziel mit der Individuellen Prämienverbilligung (IPV) die unteren und mittleren Einkommen zu entlasten. Niemand sollte mehr als 8 Prozent seines Einkommens für die Krankenkassen-Prämien aufwenden müssen, hielt der Bundesrat damals fest. Leider ist dieses Ziel noch immer in weiter Ferne. 2022 hat die damalige SP-Kantonsrätin Esther Straub deshalb

mit einem Vorstoss angestossen, dass der Kanton mehr an die IPV beitragen soll.

Ein kompliziertes System...

Die Finanzierung der Prämienverbilligung ist recht kompliziert. Dies hier im Detail verständlich darstellen zu wollen, wäre ein schwieriges Unterfangen. Grundsätzlich lässt sich aber sagen, dass der Bund von den Kantonen verlangt, dass diese ebenfalls einen Beitrag leisten, der mindestens 80 Prozent des Bundesbeitrags entspricht. In einer Sparübung wurde der Zürcher Kantonsanteil 2011 von 100 Prozent auf diese Minimalanforderung reduziert. Inzwischen liegt der Anteil zwar wieder etwas höher, aktuell bei 92 Prozent. Zum Vergleich: Basel und Genf haben einen doppelt so hohen Kantonsanteil. Und das wirkt sich aus: Während im Kanton Zürich nur gerade 20,9 Prozent der Bevölkerung Prämienverbilligungsgelder erhalten, sind es im Kanton Genf 42,5 Prozent. Damit kommt der Kanton Genf dem ursprünglichen Ziel des Bundesrates näher, der Kanton Zürich ist aber noch meilenweit davon entfernt.

Bürgerliche verweigern sich dem Kompromiss

Der Vorstoss von Esther Straub hatte ursprünglich eine Erhöhung des Kantonsanteils auf 120 Prozent

gefordert. In der vorberatenden Kommission des Kantonsrates wurde dann aber ein Kompromiss ausgehandelt, dass der Kantonsanteil wieder 100 Prozent betragen soll, so wie es bis 2011 war. Das würde dazu führen, dass der Kanton Zürich 50 Millionen Franken mehr an Prämienverbilligungsgeldern bereitstellen müsste. Für den Kanton Zürich ist das nicht viel Geld, für die Betroffenen wäre es aber eine willkommene Entlastung. Auch wenn die SP eigentlich mehr wollte, so trägt sie diesen Kompromiss mit. So wie die meisten Parteien im Kantonsrat. Einzig FDP und SVP wollen nichts von einer solchen Entlastung wissen und haben das Referendum ergriffen.

Weitere Entlastung kommt

Dass die SP zum Kompromiss Hand bieten konnte, hat auch damit zu tun, dass im Bereich der Prämienentlastung durch den indirekten Gegenvorschlag zur SP-Prämienentlastungsinitiative ab 2028 sowieso mehr Gelder zur Verfügung stehen wird: Der Regierungsrat geht davon aus, dass dann 130 Millionen Franken mehr für die IPV ausgegeben werden muss. Ein JA zur Gesetzesänderung heute bedeutet aber, dass wir nicht bis 2028 warten, sondern sofort handeln und Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen nicht länger hängen lassen.



Steigende Krankenkassenprämien: Die von der SP angestossene Gesetzesänderung wird etwas Entlastung bringen.

Kantonale Abstimmung: NEIN zur Änderung des Strassengesetzes

Ein Angriff auf Tempo 30 und die Gemeindeautonomie

Am 30. November stimmen wir im Kanton Zürich über eine Vorlage ab, die vom Titel her harmlos daher kommt: «Änderung des Strassengesetzes» steht auf dem Stimmzettel. Doch diese Änderung hat es in sich: Es ist ein Angriff auf Tempo 30 und ein Angriff auf die Gemeindeautonomie. Das eine bringt einen Eingriff in die Lebensqualität vieler Menschen, das andere stellt ein urschweizerisches Prinzip in Frage. Deshalb muss diese Änderung an der Urne klar abgelehnt werden.

Von Stefan Feldmann, Stadt- und Kantonsrat, Uster

Über Tempo 30 wird schon seit Jahren und Jahrzehnten diskutiert. Früher ging es dabei primär um Tempo 30 in den Wohnquartieren. Heute ist das weitgehend akzeptiert, auch weil die Bevölkerung jenseits von links und rechts dies wünscht. In Uster sind so 26 Tempo-30-Zonen entstanden und sie sollen gemäss neuem kommunalen Richtplan nun auch dort kommen, wo es sie noch nicht gibt, sofern das sinnvoll und verhältnismässig ist (was eigentlich immer zutrifft).

Lärmschutz braucht es auch an Staatsstrassen

Doch Tempo 30 bleibt den rechten Parteien und den Automobilverbänden ein Dorn im Auge. Sie haben deshalb die «Mobilitäts-Initiative» lanciert, gemäss der auf Staatsstrassen und auf Strassen mit überkommener Bedeutung nur noch in Ausnahmefällen und auf kurzer Strecke Tempo 30 eingeführt werden darf.

Nur: Auch an diesen Strassen leben Menschen und auch sie haben ein Anrecht darauf gegen Lärm geschützt zu werden. Und Tempo 30 ist hierzu ein wirksames und vor allem kostengünstiges Mittel.

Auch öffnet die Formulierung Tür und Tor für Rechtsstreitigkeiten: Wann ist denn ein Ausnahmefall gegeben? Grundsätzlich ist es so, dass die Vorgaben des Lärmschutzes auch weiterhin gelten. Wie wird das nun gegeneinander abgewogen? Langwierige Rechtsstreite, verkomplizierte und teurere Strassenbauprojekte sowie verschleppte Lärmsanierungen wären die Folge.

Gemeindeautonomie wird angegriffen

Der Gesetzestext ist zudem ein Angriff auf die Gemeindeautonomie. Die Städte Zürich und Winterthur haben heute das Recht, auch auf Kantons-



Tempo 30 ist ein wirksames und vor allem kostengünstiges Mittel gegen eine übermässige Lärmbelastung und soll auch weiterhin möglich sein.

strassen Tempo 30 zu signalisieren. Dieses Recht, das sie schon seit 150 Jahren besitzen, soll ihnen nun weggenommen werden.

Die übrigen Gemeinden haben dieses Recht nicht und so kann man sich als Ustermer:in fragen: Ja und, das betrifft uns ja nicht? Was zu kurz gedacht ist: Zum einen ist die Gemeindeautonomie ein wichtiges Gut. Sie ist in der Kantonsverfassung verankert und wird gerade von den Bürgerlichen im Kantonsrat sonst bei jeder Gelegenheit faktisch als elftes Gebot Gottes angepriesen. Hier soll es aber auf einmal nicht mehr gelten?

Zum anderen ist es so, dass in den letzten Jahren die Kantonspolizei, deren Zustimmung ausserhalb von Zürich und Winterthur nötig ist, ihre beinaharte Position gegen Tempo 30 etwas liberaler gestaltet hat. Auf Druck der Gemeinden, die näher am Thema sind und die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung am Besten kennen. Nun die Zuständigkeit der beiden grossen Städte zu beschneiden, geht komplett in die falsche Richtung. Wenn schon hätten die übrigen Gemeinden die gleiche Autonomie verdient wie diese. Deshalb NEIN zur Änderung des Strassengesetzes.

Eidgenössische Abstimmung: JA zur Initiative für eine Zukunft

Superreiche sollen mehr zum Kampf gegen die Klimakrise beitragen

Die Klimakrise ist eine klare Realität. Und ebenso eine klare Realität ist, dass die Superreichen den grössten Teil der CO₂-Belastung verursachen. Deshalb die naheliegende Idee: Erbschaften von Superreichen sollen besteuert werden und das Geld gezielt im Kampf gegen die Klimakrise eingesetzt werden. Über diese Idee der Juso Schweiz wird am 30. November nun abgestimmt.

sp. Die Klimakrise ist eine Realität: Die Erde wird immer wärmer und die Welt ist auf dem Weg, die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu verpassen. Nicht weil nichts getan wird, sondern weil zu wenig getan wird. Das Problem liegt hier nicht so sehr beim normalen Bürger, sondern bei den Superreichen: Statistiker:innen haben errechnet, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung 48 Prozent zum globalen CO₂-Ausstoss beitragen. Was ja logisch ist: Sie reisen mehr, sie verbrauchen mehr, sie leben auf grösserem Fuss, ganz zu schweigen vom Privatjet oder der Superjacht. Deshalb ist es nur logisch, dass jene, die stärker zum CO₂-Ausstoss beitragen, auch stärker zur Behebung des Problems herangezogen werden sollen – Verursacher-Prinzip nennt man das.

Gerechte Nachlasssteuer

Die von der Juso Schweiz lancierte Initiative sieht vor, dass auf Nachlässen oder Schenkungen von über 50 Millionen Franken eine Nachlasssteuer –

Céline Widmer,
SP-Nationalrätin

«Während die Vermögendsten immer mehr erben, wird der Druck auf die Mehrheit der Bevölkerung immer grösser. Die Armut wächst, besonders im Globalen Süden, und die Klimakrise zeigt weiterhin ihre zerstörenden und verheerenden Folgen.»

«Jeden Tag verschärft unser Zögern die Klimakrise. Obschon die Superreichen den grössten Anteil der CO₂-Belastung verursachen und immer reicher werden, bieten die bürgerlichen Parteien auch heute nicht mal den kleinen Finger, um diese gerechter zu besteuern. Das ist beschämend.»



Cédric Wermuth,
Co-Präsident der SP Schweiz

im Volksmund nicht ganz korrekt auch Erbschaftsteuer genannt – erhoben wird. Diese Gelder sollen aber nicht einfach im Bundeshaushalt ver-

schwinden, sondern müssen von Bund und Kantonen – die einen Drittel des Ertrags erhalten – zur Bekämpfung der Klimakrise eingesetzt werden. In diesem Punkt unterscheidet sich die Initiative denn auch von anderen Initiativen, die die Einführung einer Erbschaftsteuer forderten: Die Verwendung der Gelder soll zielgerichtet verwendet werden.

Ökonomen von links bis rechts einig

Dass die Schweiz im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern keine Nachlass- oder Erbschaftsteuer kennt, ist und bleibt ein Manko. Vor allem auch, weil sich Ökonomen von links bis rechts einig sind, dass eine solche Steuer eine gerechte Steuer wäre, weil sie leistungsloses Einkommen besteuert.

Kurz zusammengefasst: Die Klimakrise ist Fakt. Dazu tragen vor allem die Superreichen bei. Deshalb sind sie auch stärker für die Finanzierung des Kampfes gegen die Klimakrise heranzuziehen. Das wird mit der Einführung einer Nachlasssteuer auf sehr hohe Vermögen erreicht. Deshalb JA zur Initiative für eine Zukunft.

Abstimmungsparolen für den 30. November 2025

Eidgenössische Abstimmungen:

NEIN zur Service-Citoyen-Initiative

JA zur Initiative für eine Zukunft
(siehe Artikel auf Seite 8)

Kantonale Abstimmungen:

JA zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (Prämienverbilligung)
(siehe Artikel auf Seite 6)

JA zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich»

NEIN zum Gegenvorschlag zur Initiative
In der Stichfrage: für die Volksinitiative
(siehe Artikel auf Seite 4/5)

NEIN zur Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität»

JA zum Gegenvorschlag zur Initiative
In der Stichfrage: für den Gegenvorschlag

NEIN zur Änderung der Strassengesetzes
(siehe Artikel auf Seite 7)